

B Unabhängige Bauernzeitung



Organ des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

61. Jahrgang / Heft 132 • www.ubv.at • Juni 2020

*Zusammenkommen ist ein Beginn,
zusammenbleiben ein Fortschritt,
zusammenarbeiten ein Erfolg*

Georg Christoph Lichtenberg

Nur der UBV kämpft für die Bauern!



KR ÖR Karl Keplinger

Der Import von tausenden Festmetern Schadholz bringt die Waldbauern in Österreich in eine finanzielle Notlage, während die Sägegroßindustrie Millionen Euro Gewinn macht. Doch der OÖ Bauernbundobmann und Landesrat Max Hiegelsberger stellt sich auf die Seite der Holzindustrie. Dasselbe Spiel sehen wir bei Importen von Fleisch, Milch, Mais, Obst und Schlachtrindern: Während die überwachten Zuchtrinderexporte von Tierschützern heftig kritisiert werden, schweigen seltsamerweise die NGOs bei den heimischen Preise drückenden Schlachtrinderimporten. So gibt es auch laut ÖVP-Bauernbund

und Grüne Bauern in der Bundesregierung keine nennenswerten Schäden durch Corona in der Landwirtschaft. Der Grüne Nationalrat Stammeler meint, dass die Bauern froh sein sol-

len, wenn sie ums Haus gehen dürfen. In Oberösterreich hat die ÖVP-FPÖ Landesregierung ein 580 Millionen Euro schweres Wirtschaftshilfepaket für Coronaschäden beschlossen. Auch hier gibt es für die Landwirtschaft keinen Cent. In Oberösterreich ist Kammerpräsidentin Michaela Langer-Weninger auf Tauchstation und genießt ihre Bezüge als LWK-Präsidentin und Landtagsabgeordnete, obendrauf ist sie AMA-Funktionärin. Während die Ärztekammer 100 Prozent Ausgleich durch Coronaschäden fordert, hat die OÖ LWK-Präsidentin keine Wünsche, denn die überzogenen AMA-Kontrollen funktionieren ja wieder.

ÖVP-Bauernbund versucht Bauern zu täuschen

Echte Corona-Hilfe sieht anders aus. Das sogenannte Hilfspaket wurde schon von der Türkis-Blauen Regierung beschlossen, ein wiederholtes Mal von der Türkis-Grünen Regierung als Steuerentlastung verkauft und jetzt zum Corona-Hilfspaket umbenannt. Erfreulich ist, dass die Kritik des Unabhängigen Bauernverbandes am Kinderbonus gefruchtet hat. Wenn es stimmt, gibt es für jedes Kind, also auch für Bauernkinder, 360 Euro. Eine echte Corona-Entlastung wäre die Übernahme der Sozialversicherungsbeträge für 2020. Übrigens wurde die Forderung des UBV in der Landwirtschaftskammer Kärnten von den Bauernbundkammerräten unterstützt, im Parlament hingegen von den 18 Abgeordneten des Bauernbundes abgelehnt. Nur zum Vergleich: Der Corona-Hilfe für NGOs in der Höhe von 700 Mio. Euro und für die AUA von 450 Mio. Euro stimmten bedenkenlos alle Abgeordneten von ÖVP und Grüne zu.

Corona-Krise: Wie groß ist der wirtschaftliche Kollateralschaden?

UBV Stmk

Uns ist bewusst, dass nachfolgende Zeilen nur eine Zwischenbilanz sein können. Sie muss jedoch gezogen werden, um zu wissen, was bis jetzt passiert ist - auch um einen Funken Licht zu erhalten, wohin wir unterwegs sind.

Das weltweit grassierende Virus Covid-19 machte sich wirtschaftlich in Europa schon Anfang 2020 bemerkbar, als es in Teilen Chinas und Südost-Asiens wütete und in Europa wesentlich noch keine Toten zu beklagen gab. Wie kam es dazu? Die chinesische Wirtschaft kam bereits Ende 2019 aufgrund der Corona-Epidemie „ins Schleudern“, die Produktion in den Betrieben wurde kontinuierlich heruntergefahren, die Exporte nach Europa stark reduziert. Die für Europa bestimmten Container blieben zu tausenden leer in China stehen und fehlten sodann an den Nordseehäfen für den Transport von Waren nach China. Eine der ersten wirtschaftlichen Opfer dieser Misere waren österreichische Waldbauern, die jene für den chinesischen Markt bestimmte Holzmenge aufgrund fehlender Container als Transportbehälter nicht exportieren konnten.

Aus der regionalen Epidemie wurde eine weltweite Pandemie, die anfangs besonders in Oberitalien, Spanien, England, Frankreich und Russland wütete und aktuell besonders in den USA und Brasilien viele Opfer fordert. Österreich kam bis dato gesundheitspolitisch mit einem „blauen Auge“ davon, doch die wirtschaftlichen Flurschäden, die das Runterfahren der Wirtschaft hinterließ, sind enorm. Noch kann keine Endbilanz der

Corona-Krise gezogen werden, doch die österreichische Nationalbank geht laut ihrer Aussendung vom 14.5.2020 von einem Schaden für die heimische Wirtschaft von rund 12 Mrd. Euro aus.

Über 1,6 Mio. Österreicher arbeitslos oder in Kurzarbeit

Im April 2020 stieg die Zahl der Arbeitslosen – trotz eines neuen Corona-Kurzarbeitsmodells – auf einen Höchststand von über 522.000, so dass die Arbeitslosenquote auf 12,7 % answoll. Darunter leiden am ärgsten die Bundesländer Tirol und Salzburg. Besonders der „ländliche Raum“ wurde schwer getroffen, noch vor den „Klein- und Vorstädten“ und deutlich vor den „urbanen Zentren“. Zusätzlich zu den beim AMS gemeldeten Arbeitslosen sind per 27.4.2020 insgesamt rund 1,1 Mio. Menschen in Österreich in Kurzarbeit. Mittlerweile hat sich die Lage leicht gebessert, Mitte Juni waren nur noch 481.000 Menschen arbeitslos gemeldet, 1,14 Mio. waren weiterhin in Kurzarbeit.

Unsere Waldbauern sowie die heimischen Forstbetriebe waren sodann vor allem durch den lang andauernden Stillstand der oberitalienischen Industrie und Bauwirtschaft betroffen, jene Region, die gewöhnlich einen großen Anteil unseres Schnittholzes benötigt. Das führte zu

einem Rückstau in unseren Sägewerken, die die Anlieferung von Holz folglich drosselten. Leider wurde die Importmenge von Holz, das hauptsächlich aus Tschechien nach Österreich transportiert wird, in diesem wirtschaftlichen Notfall nicht ausreichend gedrosselt, so dass unsere Bauern die volle Zeche des Marktversagens mit niedrigen Holzpreisen zu zahlen hatten. Wir sehen, dass bei unseren vielfach hoch gepriesenen „Marktpartnern“ die Solidarität ihre Grenzen hat, und manche in Notsituationen ihre Gier nach Profit offen ausleben. Ja, auch in unseren Tagen gibt es Krisengewinner.

Starker Absatzeinbruch am Fleisch- und Milchmarkt

Besonders stark hat die Corona-Krise die bäuerlichen Familienbetriebe getroffen. Zum Beispiel jene in der Produktion von Rindfleisch und Milch. Hier merkt man, dass ein fast kompletter Wegfall der Hotellerie, der Pensionen und der gesamten Tourismuswirtschaft mit rund einem Drittel des gesamten Milchabsatzes fast komplett auf die Marktsituation und die Absatzmenge durchschlägt. Der Absatz heimischer Rinder und Schweine wurde besonders durch den aufgrund des Lockdowns hervorgerufenen Lieferstopp ganzer Gastronomie-Ketten wie Mc Donald's getroffen. Davon war auch der

Absatz bedeutender Anteile der Geflügel-Ware betroffen. Auch „Urlaub am Bauernhof“ spürte die wirtschaftliche Mega-Flaute durch das Virus.

EU-Parlament versagt bäuerlichen Familienbetrieben notwendige Akuthilfe

In so einer dramatischen Situation war es mehr als enttäuschend, dass das EU-Parlament mehrheitlich mit den Stimmen der EVP die bestehenden Regelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) um zwei Jahre verlängerte. Dies begünstigt neuerlich große europäische Landwirtschaftskonzerne und benachteiligt die Mehrzahl der kleinen und mittelgroßen Familienbetriebe. Damit wurde eine vorhandene reale Chance verpasst, jetzt die Weichen zu einer neuen und ökosozialen Agrarpolitik zu stellen!

Die Maßnahmen der Bundesregierung und der EU verschärfen die Situation der Land- und Forstwirtschaft dramatisch

Dieser Beschluss im EU-Parlament ist kein irgendwie gearteter „Erfolg“, sondern eine riesengroße politische Pleite, die leider maßgeblich zu einem weiteren europäischen Höfesterben beitragen wird. Diesem werden wir uns seitens des UBV in Österreich mit ganzer Kraft entgegen stemmen!

Wir erkennen, wie wichtig ein hoher inländischer Eigenversorgungsanteil in der Landwirtschaft ist. Denn im Lebensmittelhandel kann nur das angeboten werden, was zuvor durch bäuerliche Hände unter Einsatz der Natur geschaffen wurde. In Summe soll dieser bäuerliche Fleiß die wirtschaftliche Grundlage für unsere nächste Generation an Bäuerinnen und Bauern legen.

Wie geht es nun wirtschaftlich weiter?

Eine schnelle Normalisierung der Wirtschaftslage auf das Niveau von Ende 2019 erwarten

wir nicht, auch wenn stimulierende Investitionsprogramme der Staaten und der EZB noch kommen dürften. Zu tief ist bereits der wirtschaftliche Flurschaden in Österreich und europa- und weltweit bei unseren Handelspartnern. Wir müssen uns leider auf eine längere wirtschaftliche Durststrecke vorbereiten und zudem hoffen, dass das Virus nicht in einer zweiten Welle zurück kommt. Investitionen auf unseren Höfen müssen noch genauer und strenger denn je bewertet und auf deren Finanzierbarkeit geachtet werden, bevor Projekte starten. Denn die große Unsicherheit bleibt, wie sich der jeweilige Absatz am Markt zu kostendeckenden Erzeugerpreisen bewerkstelligen lässt.

Abschließend hoffen wir ALLE auf Licht am Ende des Tunnels – sowie auf gutes Wetter, ausreichend Regen und eine gute Ernte.

Gerhard Mariacher, UBV Steiermark

Corona-Hilfe für alle Bauern!



KR Elfriede Hemetsberger

Vom Lebensmittelhandel bis hin zu Einsatzorganisationen wird täglich gedankt, und das ist auch richtig so! Man zahlt einen zusätzlichen Gehalt oder einen Zusatztausender steuerfrei. Es sei allen herzlich gegönnt! Als Land- und Forstwirt gehört man nicht zu diesen privilegierten Bedankten. Und das, obwohl wir Bauern unsere Tiere 365 Tage im Jahr füttern, melken und pflegen. Dafür fliegen uns Unmengen an importiertem Holz oder Rindfleisch um die Ohren. Während

der Bauernbundlandesobmann und Agrarlandesrat Holzimporte für notwendig hält, vermorscht im Wald unser Holz. Wann werden unsere Anliegen so gelöst, dass nicht nur andere, sondern auch die Bauern an der Landwirtschaft Geld verdienen? Unsere Bauern müssen wieder Geld erwirtschaften, um den Fortbestand der Höfe sichern zu können. Vom „Dankschön“ kann man sich nichts kaufen! Der UBV fordert einen gerechten Ausgleich für alle heimischen Bauern.

Wer von der Wertschätzung der Leistungen der Bauern redet, der muss dies auch leben!

Für einen Job bei der AUA gibt es umgerechnet auf knapp 7.000 Arbeitsplätze rund 64.000 Euro Corona-Hilfe je Mitarbeiter, das sind rund 450 Mio. vom Staat. Für die Bahnstrecke der Westbahn und der ÖBB von Wien nach Salzburg gab es für knapp 3 Monate gleich einmal 50 Mio. Euro Corona-Hilfe. Für rund 400.000 Jobs in der Land- und Forstwirtschaft gibt es - würde man die 400 Mio. Euro in Cash auszahlen - rund 1.000 Euro Corona-Hilfe je Mitarbeiter. Würde man das Geld auf die Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft umlegen und auszahlen, dann wären dies je Betrieb rund 2.500 Euro. **Mit anderen Worten - für die Land- und Forstwirte gibt es kein Geld!**

Bei den Beamten ist man da weniger bescheiden:

2020 betragen die Mehrkosten für Beamtgehälter 320 Mio. Euro
2019 betragen die Mehrkosten für Beamtgehälter 375 Mio. Euro
2018 betragen die Mehrkosten für Beamtgehälter 308 Mio. Euro
2017 betragen die Mehrkosten für Beamtgehälter 168 Mio. Euro
Das sind in nur vier Jahren Mehrkosten von 1.171 Mio. oder 1,17 Milliarden Euro

Es braucht 3,5 Milliarden für die Land- und Forstwirtschaft für Investitionen

Wenn die Land- und Forstwirte ökonomisch überhaupt noch einmal aus dem Tal der Tränen her-

auskommen soll, dann braucht es 3 bis 4 Mrd. Investitionsförderungen für 2020/2021. Der UBV hat dazu vorgeschlagen: Je Arbeitsplatz 1.500 Euro im Monat für 6 Monate. Das sind bei 400.000 Arbeitsplätzen 3,5 Milliarden bzw. bei rund 160.000 Land- und Forstwirtschaftsbetrieben knapp 21.800 Euro je Betrieb. Dies bedeutet ein Investment durch die Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft von 8 bis 12 Mrd. Euro in 2020/2021/2022 – d.h. Milliarden an Steuern kommen zum Staat zurück.

92 % Kaufkraftverlust seit 1994!

Statt 3 Wurstsammeln gibt es nur mehr 3 Bissen (1/4) einer Wurstsammel beim Verkauf von 1 Liter Milch!



Wie krank das politische System und die von der Politik geschaffenen Spielregeln für die Land- und Forstwirte in Österreich und damit größtenteils in Europa sind, zeigt dieses einfache Beispiel auf.

Konnte man vor dem EU-Beitritt beim Verkauf von 1 Liter Milch rund 7,20 Schilling (0,53 Euro) erzielen, so sind es heute weniger als 5 Schilling (0,36 Euro). Diese desaströse Bilanz gibt es mehr oder weniger in fast jeder Sparte!

Das bedeutet für die Land- und Forstwirte an diesem konkreten Beispiel ein Minus bei der Kaufkraft von 92 Prozent. Stellt man dem gegenüber, dass die Preise für Betriebsmittel jährlich steigen und heute das 3-5-fache von dem kosten, was sie vor 25 Jahren gekostet haben, dann sieht man, wie krank das geschaffene System mit den für die Land- und Forstwirte komplett untauglichen Spielregeln durch die Agrarpolitik ist.

**Daher fordert der UBV: Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik
Landwirtschaft neu denken & gestalten = ökosozial leben**

Salzburger LWK-Wahl Nachlese

UBV Salzburg

Die erste österreichische Landwirtschaftskammer-Wahl nach dem EU-Beitritt fand am 12. Februar 1995 statt. Die Flachgauer Nachrichten vom 16. Februar 1995 berichteten über ein Spezifikum dieser Wahl: „Die Wahlbeteiligung ging landesweit stark zurück. Anstatt 70,2 % (1990) waren am Sonntag nur mehr knapp 61,2 % der Landwirte zum Urnengang für ihre Standesvertretung motivierbar.“ Bei der Salzburger Landwirtschaftskammer-Wahl 2020 betrug die Wahlbeteiligung nur mehr 44,58 %! Das ist ein Rückgang von 25,6 Prozentpunkten in einem Zeitraum von 30 Jahren!

Laut Salzburger Nachrichten vom 6. März 2020 fordern die Grünen in Salzburg nun ein neues Wahlrecht in der bäuerlichen Berufsvertretung. Ich hoffe, dass angesichts eines Fernbleibens von 55,42 % der Wahlberechtigten bei der LWK-Wahl 2020 die ÖVP im Salzburger Landtag (dieser ist dafür zuständig) endlich ihren Widerstand gegen eine Demokratisierung des LWK-Wahlrechtes aufgibt! Bisher habe ich immer nur gehört: „Wenn die ÖVP nicht will, kann man halt nichts machen!“ Als wichtigste Maßnahme sehe ich eine Formulierung wie in Kärnten. Dann wären auch alle bäuerlichen

Hoferben, die einen außerlandwirtschaftlichen Beruf ausüben, wahlberechtigt. Auch Bäuerinnen und Bauern, die ihren Bauernhof übergeben haben und ebenfalls noch außerlandwirtschaftlich tätig sind, würden ihr Wahlrecht nicht verlieren. Ich erwarte mir, dass bis zur Landwirtschaftskammer-Wahl 2025 die dazu nötigen Voraussetzungen im Landwirtschaftskammergesetz geschaffen werden. Alle wahlwerbenden Gruppen sollten dazu Vorschläge einbringen dürfen!

*Georg Sams, Pfongau 44,
5202 Neumarkt am Wallersee*

Ausbau von Bio-Gemüsebau ermöglichen

In der Österreich-Ausgabe des „Bayerisches landwirtschaftliches Wochenblatt“ vom 8. Mai wurde darauf hingewiesen, dass im Rahmen des ÖPUL-Programmes bei der Grünlandbewirtschaftung auf gesetzliche Umbruchverbote zu achten ist.

Aus meiner Sicht müssen jene Bauern besonders achtgeben, die sich an der Fördermaßnahme „Vorbeugender Grundwasserschutz auf Grünlandflächen“ beteiligen. Diese müssen nämlich auf einen Grünlandumbruch einschließlich Grünlanderneuerung mittels Umbruchs während des gesamten Verpflichtungszeitraumes verzichten. Hier gilt die Null-Umbruchtoleranz!

Bei Verstößen gegen diese Umbruchverbote gibt es em-

pfindliche Prämienkürzungen und Sanktionen. Angeboten wird diese Fördermaßnahme im Flachbau, in Teilen des Tennengaus und in Oberösterreich. Die Vorgaben dieses Umweltprogrammes bedeuten im Umkehrschluss, dass auch ein Grünlandumbruch zum Zwecke der Ausweitung des Bio-Gemüseanbaus eine Gefahr für das Grundwasser darstellt. Für mich als Bio-Botschafter ist das fachlich nicht begründbar. Deshalb fordere ich, dass im künftigen landwirtschaftlichen Umweltprogramm – das gerade verhandelt wird und das wieder sieben Jahre gelten soll – die Möglichkeit geschaffen wird, für den Bio-Gemüseanbau den Grünlandumbruch zu ermöglichen! Dann können die Biobäuerinnen und Biobauern

den Bio-Gemüsebau der regionalen Nachfrage anpassen.

*Georg Sams, Pfongau 44,
5202 Neumarkt am Wallersee*



Unsere Räte in Land und Bezirk

UBV Salzburg

Unsere UBV-Landeskammerräte



Josef Tiefenbacher
Niedersill
Almwirtschaft, Bio
Urlaub am Bauernhof



Franz Wieder
Henndorf
Bio-Heumilch



Stefan Weiß
Kuchl
Bio-Heumilch

Unsere UBV-Bezirkskammerräte

Bezirk Salzburg-Umgebung (Flachgau)



Franz Trickl
Eugendorf
Bio-Heumilch



Wolfgang Sams
Neumarkt
Milchviehhaltung,
Grünland, Forst

Bezirk Hallein (Tennengau)



Josef Siller
Adnet
Bio-Heumilch

Bezirk St. Johann (Pongau)



Reinhard Mayrhofer
Bischofshofen
Vollerwerbssimker

Bezirk Zell am See (Pinzgau)



Josef Renn
Uttendorf
Milchwirtschaft

Bezirk Tamsweg (Lungau)



Martin Lohninger
Saalfelden
Milch, Direktvermark-
tung (Schulmilch, Jo-
ghurt und Käse)



Peter Löcker
St. Margarethen
Ackerbaubetrieb auf
1000 m Seehöhe, vom
Saatgut bis zum Brotlaib

UBV NÖ

Unsere Räte in Land und Bezirk

Bezirkskammer Amstetten



Herbert Hochwallner
St. Peter/Au
Bio-Heumilch, Grünland,
Wald, Energieproduzent



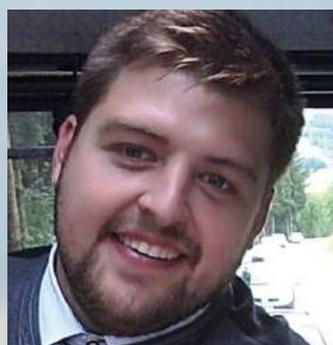
Veronika Lettner
Weistrach
Stiermast,
Direktvermarktung, Most



Hermann Zahnt
Euratsfeld
Milchwirtschaft und
Kalbinnenaufzucht,
Grünland



Franz Spreitz
Ertl
Milch- und
Grünlandwirtschaft



Johannes Edermayr
Biberbach
Rindermast, Pferdehal-
tung (Einstellplätze, Foh-
lenaufzucht, Pensions-
pferde), Obstwirtschaft



Leopold Sonnleitner
Seitenstetten
Energieproduzent



Bianca Edermayr
Biberbach
Rindermast, Pferdehal-
tung (Einstellplätze, Foh-
lenaufzucht, Pensions-
pferde), Obstwirtschaft



Simon Hochwallner
St. Peter/Au
Bio-Heumilch, Grünland,
Wald, Energieproduzent

Bezirkskammer Melk



Franz Fink
Kilb
Milchwirtschaft, Schwe-
inezucht inkl. Mast,
Direktvermarktung



Karl Kummer
Yspertal
Milchviehhaltung inkl.
Mast



Gerhard Schönbichler
Krummnußbaum
Kalbinnenaufzucht für
Partnerbetrieb



Gottfried Leitner
Hofamt Priel
Mutterkuh, Ackerbau
und Forst

Bezirksskammer Waidhofen/Ybbs



Hubert Buchinger
Waidhofen/Ybbs
Milchviehhaltung inkl.
Nachzucht, Schulmilch



Johann Schratlbauer
Kematen
Ackerbau, Grünland,
Wald, Rinderzucht (Pus-
tertaler Sprinzen)



David Ramskogler
Hollenstein/Ybbs
Mutterkuhhaltung, Wald-
wirtschaft



Josef Haselsteiner
Ybbsitz
Mutterkuhhaltung, Wald-
wirtschaft



Peter Wagner
Waidhofen/Ybbs
Mutterkuhhaltung, Wald-
wirtschaft



Josefa Fuchsluger
Waidhofen/Ybbs
Milchsafhaltung inkl.
Nachzucht



Erich Gruber
Waidhofen/Ybbs
Milchviehhaltung inkl.
Nachzucht

Bezirksskammer Zwettl



Franz Jank
Zwettl
Mutterkuhhaltung (Wald-
viertler Blondvieh),
Ackerbau mit Getreide
und Kartoffeln



Friedrich Gillinger
Martinsberg
Milchwirtschaft, Ochsen-
und Kalbinnenmast



Lisa-Maria Kargl
Zwettl
Mutterkuhhaltung,
Gemüseanbau, Speise-
und Saatkartoffelanbau



Franz Schröfl
Zwettl
Ackerbaubetrieb mit
Schwerpunkt Saatkartof-
felvermehrung

Bezirkammer Scheibbs



Alois Fröschl
Gaming
Grünlandwirtschaft mit
Mastlämmerproduktion,
Wald



Peter Hrncek
Gresten-Land
Milchviehhaltung,
Kalbinnenaufzucht



Elisabeth Karl
Purgstall
Mutterkuhhaltung inkl.
Endausmast, Direktver-
marktung



Martin Zahnt
Gaming
Milch- und Waldwirt-
schaft



Josef Handl
Wieselburg-Land
Milchviehhaltung inkl.
Nachzucht und Mast,
Ackerbau, Grünland,
Wald



Thomas Erber
Wolfpassing
Milchviehhaltung inkl.
Mast, Legehühner in
mobiler Freilandhaltung,
Ackerbau



Josef Luger
Gresten-Land
Mutterkuh- und Milch-
schafhaltung, Direktver-
marktung



Eva Maria Wieser
Gresten-Land
Kalbinnenaufzucht und
Ochsenmast, Waldwirt-
schaft

Bezirkammer Lilienfeld



**Johannes
Halbartschlager**
Randegg
Mutterkuhhaltung,
Direktvermarktung,
Almwirtschaft



Franz Zöchner
Hainfeld
Milch und Forst



Joseph Steinbacher
Kaumberg
Milch und Forst



Gerhard Halbwx
Kaumberg
Milchwirtschaft

Unsere UBV Landeskammerräte



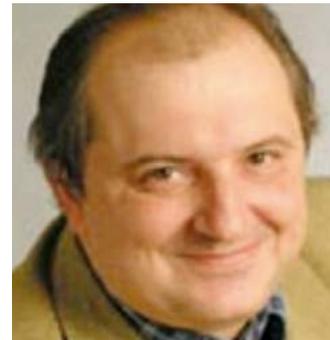
Herbert Hochwallner
St. Peter/Au
Bio-Heumilch, Grünland,
Wald, Energieproduzent



Hubert Buchinger
Waidhofen/Ybbs
Milchvieh inkl. Nach-
zucht, Schulmilch



Lisa-Maria Kargl
Zwettl
Mutterkühe, Gemüse,
Speise- und Saatkartoffel



Franz Kohlfock
Hornsburg
Ackerbaubetrieb mit
Kürbis, Mais und Son-
nenblumen, Wald

BK Mistelbach

Die Jungen Unabhängigen im UBV - es geht um die Zukunft der Jungen!

Der UBV verfolgt mit seinen Aktivitäten im Grunde ein Kernziel: Die aktuelle Agrarpolitik wieder in jene Bahnen zu lenken, wo die Land- und Forstwirte eine echte ökonomische Zukunft haben. Es geht also insbesondere um die Zukunft der Jungen in der Land- und Forstwirtschaft, um die jungen Bauern. Diesem Umstand trägt der UBV nun auch mit einem nach außen gut sichtbaren Zeichen Rechnung. Der UBV hat daher eine Plattform für „Die Jungen Unabhängigen“ ins Leben gerufen. Wir laden auf diesem Weg junge Menschen

ein, sich bei uns zu melden und sich zu engagieren. Es geht ausschließlich darum, die besten Ideen für Fragen rund um die Bauern zu entwickeln, damit es wirtschaftlich wieder echte Perspektiven gibt. Für den gut sichtbaren Auftritt nach außen gibt es ein eigenes dafür gestaltetes Logo. Die Dynamik der Jungen wird im UBV eine

noch zentralere Rolle spielen. Du willst dich engagieren? Vielleicht sogar bei der Vorbereitung eines INFO-Seminars? Dann schreib uns auf office@ubv.at.

Es wird dazu ein Infoseminar vorbereitet, wo „Die Jungen Unabhängigen“ des UBV ihre Vorstellungen definieren werden.



75 Jahre Zweite Republik Österreich

Bundeskanzler Sebastian Kurz, der 14. und jüngste Regierungschef in der Zweiten Republik, die am 27. April 1945, also vor 75 Jahren, gegründet wurde, würdigte in einer „Quarantäne-Staatsfeier“ das Land und die Leistungen seiner Menschen. Ein Quartett der Wiener Philharmoniker intonierte im Kanzleramt auf dem Wiener Ballhausplatz mit Masken Beethoven und spielte auch die Bundeshymne vom „Land der Berge...und Äcker“, das Papst Johannes XXXIII. eine „Insel der Seligen“ nannte. Der Sozialdemokrat Karl Renner (1870 bis 1950), zweifacher Staatsgründer (1918, 1945) und erster Bundespräsident der Zweiten Republik, verhinderte durch geschicktes Verhandeln eine Zweiteilung des Landes. Im August 1945 erreichte er die Zustimmung der westlichen Bundesländer, seine provisorische Staatsregierung in Wien zu unterstützen.

Bei den ersten freien Wahlen am 25. November 1945 erreichte die ÖVP mit 85 Mandaten überraschend die absolute Mehrheit, die SPÖ zog mit 76 Abgeordneten in den Nationalrat ein, die Kommunistische Partei (KPÖ) erhielt 4. Leopold Figl (1902 bis 1965) wurde zum ersten Kanzler der Zweiten Republik gewählt und bildete trotz absoluter Mehrheit mit der neu gegründeten Österreichischen Volkspartei, Nachfolgerin der Christlichsozialen, mit der SPÖ und auf Druck der russischen Besatzungsmacht auch mit der KPÖ eine Konzentrationsregierung. In der 75jährigen Geschichte der Zweiten Republik waren die ÖVP mit sechs Kanzlern bis heute 35 Jahre in der Regierung vertreten; die SPÖ

mit sieben und regierte bis 2017 vier Jahrzehnte.

In der Blütezeit der Großen Koalition zwischen ÖVP und SPÖ von 1945 bis 1966 wurde die Zweite Republik wirtschaftlich aufgebaut, die Menschen sozial abgesichert, Demokratie und Rechtsstaat gefestigt. Im Jahre 1955 wurde mit Bundeskanzler Julius Raab der Staatsvertrag (Außenminister Leopold Figl am 15. Mai: „Österreich ist frei“) erreicht und die zehnjährige Besatzungszeit der Alliierten (Frankreich, Großbritannien, USA und Sowjetunion) beendet. Die Alleinregierungen von ÖVP und SPÖ mit Bundeskanzler Josef Klaus (1966 bis 1970) und Bruno Kreisky (1970 bis 1983) brachten viele Reformen in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen zustande und etablierten die Republik in West- und Osteuropa. Die bedeutendste Leistung der SPÖ/ÖVP-Zusammenarbeit zwischen 1987 und 1999 mit SPÖ-Kanzler Franz Vranitzky und dem europäischen Vordenker

und langjährigen ÖVP-Parteiohmann, Vizekanzler und Außenminister Alois Mock (1934 – 2017), war der EU-Beitritt 1995. In seiner Video-Botschaft aus Anlass „75 Jahre Zweite Republik“ am 27. April 2020 betonte Bundeskanzler Sebastian Kurz zu Recht, dass Österreich die europäische Herausforderung vorzüglich bewältigte und in der Welt anerkannt ist. War die Erste Republik nach dem Zerfall der Monarchie wegen permanenter Auseinandersetzungen zwischen den großen politischen Lagern Sozialdemokraten und Christlichsozialen ein „Staat, den niemand wollte“, ist die Zweite ein Erfolgsmodell ohne Alternative. Die Corona-Pandemie, die größte Krise seit Kriegsende, wird, so Kanzler Kurz, in seiner Jubiläumsansprache, bewältigt. Entlasten, Investieren, das Unternehmertum erleichtern und soziale Errungenschaften sichern – das sind die Herausforderungen für die Zukunft.

Prof. Gerhard Poschacher



Land der Berge.... und Äcker. Nur wenige Staaten dieses Planeten würdigen ihre natürlichen Grundlagen mit einer textlichen Erwähnung in ihrer Hymne.

Übernahme der SV-Beiträge

In einem offenen Brief an Bundeskanzler, Vizekanzler, Bundesministerin Köstinger und LK-Präsident Moosbrugger fordert der UBV, dass die Land- und Forstwirte 2020 keine Beiträge zur Sozialversicherung leisten müssen. Diese sollen durch den Staat aus dem Härtefonds bzw. dem Nothilfefonds bezahlt werden.

Die Land- und Forstwirtschaft hat von Haus aus eine schlechte Basis bei den Einkommen. Die aktuelle Corona Krise trifft die Land- und Forstwirtschaft in allen Sparten. Die erste und einfachste Möglichkeit der Unterstützung ist daher, dass die Land- und Forstwirte heuer keine Beiträge zur Sozialversicherung zahlen sollen.

Corona-Maßnahmen verschärfen Wirtschaftskrise

Die Bundesregierung bringt durch ihre Maßnahmen rund um die „Corona Krise“ die Wirtschaft an den Rand des Kollapses. Es ist sicher, dass es viele Bereiche dramatisch trifft! Besonders hart trifft es die Land- und Forstwirtschaft! Konkrete Beispiele:

- Milch: Die ersten Molkereien fordern von den Milchbauern eine deutliche Verringerung der Milchlieferung. Anstatt sich an den Staat zu wenden und den entstandenen Schaden in Rechnung zu stellen, serviert man den Bauern die Rechnung. Wer hat also den Schaden? Die Milchbauern! Sie brauchen jeden Cent dringend, nun gibt es neben dem zu geringen Milchpreis auch noch den Auftrag, weniger Milch zu erzeugen.
- Fleisch/Rinder: Der Rindfleischmarkt bricht komplett zusammen. Während unsere Bauern nicht wissen, wohin mit den Rindern, werden weiterhin Lebendrinder nach Österreich importiert! Der UBV fordert einen Stopp der Importe von Lebendrindern wie Rindfleischimporte.

- Holz: Die Waldbesitzer bleiben auf ihrem Holz sitzen. Die Holzverarbeiter bringen gleichzeitig aber ungebremst Holz z.B. aus Tschechien mit LKW oder Bahn zu den Papierfabriken und Sägewerken. Wenn man auf diesen Missstand hinweist, putzen sich die Agrarlandesräte ab und meinen, die Sägeindustrie müsse Verträge einhalten! Heimische Waldbesitzer hätten halt Pech gehabt!
- Obst, Getreide: Es gilt wie beim Rindfleisch oder beim Holz. Durch massive Importe werden die Preise niedrig gehalten. Die heimischen Erzeuger müssen ihre Produkte zu Niedrigpreisen verkaufen, sofern die Ware überhaupt abgeholt wird.

Solidarität sieht anders aus!

Es scheint, die heimischen Land- und Forstwirte dienen den Protagonisten dieser Aktivitäten für die Produktwerbung, ansonsten dürfen sie ihnen den Buckel runterrutschen. Der UBV fordert in diesem Zusammenhang den sofortigen Stopp dieser Existenzen vernichtenden Aktivitäten! Mit geheuchelten Dankeschön-Aussagen an die Bauer tut man so, als ob man die Bauern wertschätzen würde. Eine echte Wertschätzung ist nur, wenn der Preis passt bzw. die Einkommen passen!

Daher fordert der UBV, dass die Beiträge zur Sozialversicherung heuer ausgesetzt werden und durch den Staat aus den genannten Härtefonds bzw. Nothilfefonds

beglichen werden. Alle anderen Maßnahmen sind marktverzerrend. Die Bundesregierung hat im Zusammenhang der getroffenen Maßnahmen ja laut gesagt: „Koste es was es wolle, niemand bleibt auf der Strecke“. Gemeint war damit, dass man jeden, der zu Schaden kommt, den Schaden ausgleicht.

Diese Krise macht es noch deutlicher: „Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik“.

Der UBV fordert als Sofortmaßnahme die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge. Damit würde ohne große bürokratische Hürden rasch und unkonventionell eine sinnvolle erste Hilfe für die Land- und Forstwirtschaft aufgestellt. Damit soll der Schaden für die Bauern reduziert werden. Wir fordern generell für 2020 eine Unterstützung in der Höhe von 3,5 Milliarden Euro!

Unterstützung der Land- und Forstwirte bedeuten Investitionen in Milliardenhöhe

Neben der Übernahme der SV Beiträge zu 2020 braucht es aus der Sicht des UBV zudem eine Unterstützung für notwendige Investitionen in der Höhe von 3,5 Milliarden Euro. Damit haben die Land- und Forstwirte wieder echte Perspektiven. Das bedeutet für das Land, dass man für den Zeitraum 2020/2021 Investitionen aus der Land- und Forstwirtschaft in der Höhe von 8 bis 12 Milliarden erwarten darf. Diese Investitionen werden im Land, in den Regionen umgesetzt. Die Wertschöpfung bleibt also im Land.

Abstimmung: SV-Beiträge

Die Corona-Krise bringt durch die von der Regierung verordneten Maßnahmen viele Betriebe an den Rand des Ruins. Der UBV fordert daher für die Land- und Forstwirtschaft konkrete Maßnahmen durch die Bundesregierung. Der BB hat einen anderen Vorschlag.

Wir laden Land- und Forstwirte ein, uns kurz mitzuteilen, welche Variante sie als Betroffener als zielführend empfinden:

Variante 1 – Vorschlag UBV:

Der Staat soll für 2020 die Beiträge zur Sozialversicherung übernehmen. Für alle möglichen Berufsgruppen hat man Hilfe angeboten, koste es, was es wolle. Das muss auch für die Land- und Forstwirte gelten.

Variante 2 – Vorschlag Bauernbund:

Die Land- und Forstwirte sollen sich die Beiträge stunden lassen bzw. diese in Raten zahlen. Die Entscheidungen der Bundesregierung mussten getroffen werden. Da kann schon sein, dass man Pech gehabt hat!

Für welche Variante bist du? (Stand 8. Juni 2020)

- Variante 1 90,83 Prozent
- Variante 2 6,55 Prozent
- Finde beide gut 2,62 Prozent

Kommentare zur Abstimmung aus der bäuerlichen Praxis

Zu Variante 2: Eine Stundung von Beiträgen bringt höchstens einen kleinen Zinsgewinn und ist für die Landwirtschaft ein Mittel, um nicht zahlungsunfähig zu werden. Daher werde ich diese Variante nicht in Anspruch nehmen, der Aufwand ist höher als der Nutzen. Ich hoffe mit meinem Betrieb zahlungsfähig zu bleiben. Mei-

ne Strategie: Keine Investitionen in den Betrieb im Jahr 2020 und möglichst geringe Privatentnahmen.

Zu Variante 1: Ja es wäre schön, wenn die Regierung die Beiträge der Landwirtschaft für die Sozialversicherung übernehmen kann. Ich wäre schon froh, wenn die EU-Gelder vollständig und fristgerecht an die Bauern ausbezahlt werden.

Ich werde im Jahr 2020 möglichst wenig Betriebsmittel einsetzen und die Erntemengen dürfen bei diesen Preisen ruhig mittelmäßig ausfallen.

Wir sollten auch an das Klima denken – und wenn ich mir jetzt so den Ackerboden im April ansehe – trocken bis in die tiefen Schichten – so stimmt mich das sehr nachdenklich.

Wenn das Geld ausgeht ist es furchtbar, aber wenn das Wasser ausgeht, dürfen wir uns wirklich fürchten.

J.W. aus OÖ

Am besten wäre natürlich die **Variante 1!** Es sollte erreicht werden, dass **zumindest 30 – 50 % für die von Dürre betroffenen Betriebe** übernommen werden.

A.L. aus OÖ

Variante 1! Der Bauernbund, der die Konzerne vertritt, will natürlich, dass auch bei Grund und Boden ein Ausverkauf entsteht! So kann man billigst eine ganze Berufsgruppe um Hab und Gut betrügen.

A.K. aus Tirol

Ich bin auf jeden Fall für Variante 1-UBV. Nur der Bauernbund ist leider eine Organisation, der immer nur seine Vorschläge für den Stein der Weisen betrachtet, an dem wird sich leider nie etwas än-

dern und es ist erschreckend, wie dieser Bauernbund die eigene Klientel über die Klinge springen lässt. Eigentlich ein Armutszeugnis für diese Standesvertretung, aber daran wird sich nie etwas ändern, durch ihre tragfähige Mehrheit. Ein Bauernbundfunktionär sagte einmal zu IG MILCH Zeiten, wir im Bauernbund sind nicht die Intelligentesten, aber wir sind die Mehreren!

H.J. aus NÖ

Mit Variante 1 wäre meinem Betrieb sehr geholfen, da durch die getroffenen Maßnahmen der Bundesregierung viele Einnahmen (Holzverkauf, Rinderverkauf) in diesem Jahr sehr viel geringer ausfallen werden als in den letzten Jahren. Eine Stundung der Beiträge würde einen finanziellen Engpass nur nach hinten verschieben.

W.L. aus STMK

Stimmen von Vertretern in der Sozialversicherung

SVS-Obfrau Theresia Maier hält die von der SVS angebotene Inanspruchnahme von Ratenzahlung oder Stundung für den besseren Weg. Im Interview mit der BauernZeitung führt sie auch aus, dass alle Selbständigen gleich behandelt werden, Freiberufler also keine Bevorzugung erhalten. Ein Krankenversicherungsbeitrag soll und darf nicht zu einem Liquiditätsengpass führen, wer jedoch in Zahlungsschwierigkeiten gerät, solle schnell mit der SVS in Kontakt treten, denn: „Wir helfen rasch und unbürokratisch.“

Eine Herabsetzung der Beitragsgrundlage hält sie bei der pauschalen Beitragsberechnung für nicht möglich, für Optionsbetriebe ist im Einzelfall eine Herabsetzung ihrer vorläu-

figen Beitragsgrundlage möglich. „Aber auch hier halte ich die Inanspruchnahme von Ratenzahlung oder Stundung für den besseren Weg.“

Vizepräsidentin Maria Pein erklärt im Interview der steirischen Landwirtschaftlichen Mitteilungen, dass die SVS von sich aus keine Rabatte verordnen kann, denn Nationalrat und Bundesrat müssen zustimmen – und im Bundesrat verfügen die Regierungsparteien nicht über die Mehrheit. Außerdem würden durch einen Rabatt die Gesundheits- und Versicherungssysteme erheblich geschwächt.

Die für 2021 fixierten Erleichterungen in den Sozialversicherungen sind jedoch nicht verhandelbar. Auch die Entlastungen beim fixen Ausgedinge, die Besserstellung für mitarbeitende Hofübernehmer, die höhere Buchführungsgrenze und weitere Maßnahmen sind fix und unverzichtbar.

Das Ministerium Landwirtschaft, Regionen und Tourismus meint:

Die Bundesregierung hat am 18. März 2020 mehrere Unter-

stützungspakete von insgesamt 38 Milliarden Euro geschnürt, welche eine umfangreiche Unterstützung für betroffene Betriebe und Branchen vorsehen. Aus dem Paket wird u.a. auch ein Härtefallfonds gespeist. Mit Geldern aus diesem Fonds soll es rasche Hilfestellung dort geben, wo durch den Wegfall des Einkommens die Bestreitung des täglichen Lebens in Gefahr steht. Aus dem Härtefallfonds werden Direktbeihilfen als Soforthilfe bei akuten Liquiditätsengpässen und Vorliegen einer Existenzgefährdung gewährt.

Darüber hinaus ist der Corona-Hilfs-Fonds hervorzuheben, dessen Gesamtvolumen 15 Milliarden Euro beträgt. Dieser Fonds ermöglicht die rasche Bereitstellung von finanziellen Mitteln in Form von Garantien und direkten Zuschüssen für österreichische Unternehmen und Betriebe (inkl. land- und forstwirtschaftliche), die aufgrund der Corona-Krise schwerwiegenden Liquiditätsengpässe, große Umsatzeinbußen oder Einkommensrückgänge zu verzeichnen haben.

Ihre Forderung, die Beiträge zur Sozialversicherung im Jahr 2020

durch den Staat zu bezahlen wurde eingehend untersucht. Dabei haben wir die Schlussfolgerung getroffen, dass eine solche Maßnahme nicht zielgenau wäre. Insbesondere deshalb, weil es eine große Bandbreite der Betroffenheit gibt und gleichzeitig eine große Spreizung hinsichtlich der Beitragslast. Beide Phänomene korrelieren aber nicht miteinander. Es werden sich Betriebe in der Höchstbeitragsgrundlage finden, die kaum von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie betroffen sind, und Betriebe mit vergleichsweise geringer Beitragslast, die sehr betroffen sind. Finanzielle Mittel sollten daher auf Grund der konkreten Betroffenheit verteilt werden, weshalb die derzeit getroffenen Hilfsmaßnahmen sicher die sachgerechteren Lösungen darstellen.

DI Johannes Fankhauser,
Sektionsleiter Sektion II -
Landwirtschaft und
Ländliche Entwicklung,
in einer Stellungnahme vom 21. April
2020, gekürzt

Gepflanzte Bauern und die Maden im Speck

Die teure Agrarförderung sollte endlich seriös evaluiert werden.

Wenn man Sinn für schrägen Humor hat, ist die jährliche Neubefüllung der agrarischen Transparenzdatenbank immer wieder das, was man eine Hetz nennt. In dieser Datenbank werden jedes Jahr jene Förderungen aufgelistet, von denen Landwirtschaftsfunktionäre behaupten, sie sei-

en für die Aufrechterhaltung der kleinbäuerlichen Struktur unumgänglich.

Echt jetzt? Den größten Brocken, nämlich 33,5 Millionen, hat sich zuletzt erneut die Förderungsverteilungsstelle AMA selbst eingegährt. Unter den anderen Milli-

onenempfängern finden sich so „kleinbäuerliche Strukturen“ wie Ableger der ohnehin aus Zwangsbeiträgen finanzierten Landwirtschaftskammer und jede Menge raiffeisennaher- oder kammernaher Firmen und Vereine. Wenn man die Stiftung des Fürsten Liechtenstein nicht als „Bauern“

durchgehen lässt, findet man unter den dreißig größten Subventionsempfängern keinen einzigen Landwirt, dafür aber eine „Vernetzungsstelle für das nationale Netzwerk LE 14-20“. Echte Bauern finden sich eher am Listenden. Dort, wo Bürokratien in Wien und Brüssel gekreißt haben, um beispielsweise einem Oberösterreicher einen (!) Cent Förderung für „Umweltmaßnahmen“ zu gewähren.

Zum Schreien! Aber leider teuer. Und ineffizient. Denn das System erfüllt den vorgeblichen Zweck, den Strukturwandel namens „Bauernsterben“ aufzuhalten, nicht. Dafür ist es ein hervorragender Selbstbedienungsladen für Auskenner. Das Faktum etwa, dass allein in Österreich 212 Bauern Jahresförderungen von unter

zehn Euro zugesprochen wurden, fünf von ihnen sogar solche von weniger als einem Euro, reicht für ein semesterfüllendes Seminar zum Thema „Verwaltungseffizienz und Bauernfrotzelei“.

Vielleicht könnte man auch einmal eine Diskussion darüber beginnen, ob die vorgeblichen Ziele der Subventionierung auch tatsächlich erreicht werden. Einfach so jedes Jahr

sechzig Milliarden aus dem EU Budget in Europa herumzuschütten sollte uns langsam zu teuer werden.

Josef Urschitz, die presse

Die 20 größten Empfänger von EU-Agrarfördergeld 2018/19*

01.	Agrarmarkt Austria	33.529.798,29
02.	ARGE LK Beratung	5.130.503,90
03.	BM für Nachhaltigkeit und Tourismus	3.324.697,00
04.	Tirol Pack GmbH	2.919.087,00
05.	Vorarlbergmilch eGen	2.500.000,00
06.	OPST Obst Partner Steiermark GmbH	2.339.256,92
07.	Bundesverband Urlaub am Bauernhof	2.192.555,56
08.	Waldpflegeverein Tirol	2.030.721,16
09.	MR Österreich-Cluster zur Förderung der agrar. Kooperation GbR	1.949.241,34
10.	LFI Österreich	1.868.172,46
11.	Naturpark Ötztal	1.766.591,51
12.	Biene Österreich – Imkereidachverband	1.744.998,00
13.	AMA Marketing GmbH	1.677.496,32
14.	LK/LFI Oberösterreich	1.643.294,35
15.	LFI Niederösterreich	1.497.589,46
16.	Arcus Sozialnetzwerk gemeinnützige GmbH	1.469.963,24
17.	ARGE Bio Austria	1.431.035,54
18.	LFI Steiermark	1.381.409,72
19.	LGV Sonnengemüse eGen	1.333.488,48
20.	HSH Fernwärme Millstatt GmbH	1.279.004,00

* EU-Finanzjahr 2018/19; Beträge in Euro und vorbehaltlich allfälliger Druck-/Übermittlungsteiler
Quelle: www.transparenzdatenbank.at – Auswertung: top agrar Österreich, Stand: 02.06.2020

JA!

Am 20.2.2020 gaben sich Georg Pfoser, Landwirt und Feuerwehrkamerad der FF Altenschlag, und Monika Almesberger, Raumpflegerin im Krankenhaus in Rohrbach, das Ja-Wort. Vor zwei Jahren haben sich die beiden bei einer Veranstaltung des Unabhängigen Bauernverbandes im Gasthaus Freller in Pieberschlag kennengelernt. UBV-Landesobmann ÖR Karl Keplinger wünscht dem frischvermählten Paar alles Gute für die Zukunft.



Zum Gedenken



In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von Martin Berger, der im 48. Lebensjahr viel zu früh von uns gegangen ist. Martin Berger war langjähriges Mitglied des Unabhängigen Bauernverbandes und der Ortsbauernschaft Putzleinsdorf. Ihm gebührt unser von Herzen kommender Dank und seiner Familie unser aufrichtiges Mitgefühl!

Hält die Wertschätzung?

Täglich hören wir von Partei- und Klubobleuten jeden Couleurs wie wichtig die Bauern seien. Ob sie das ehrlich meinen oder es bloß Heuchelei ist, wird sich rasch herausstellen. Lippenbekenntnisse sind zu wenig, es muss ein gerechteres Einkommen, ja ein vergleichbarer Stundenlohn her. Bei oft doppelter Jahresarbeitszeit nur 50 Prozent des vergleichbaren Lohnes der anderen Berufsgruppen zu verdienen, ist zu wenig. Eine neue Wertigkeit muss ins Land ziehen. Die Bauern erzeugen die Lebensmittel und ge-

stalten die Kulturlandschaft. Wir Bauern werden dennoch mit nur 1,3 Prozent der österreichischen Bruttowertschöpfung abgespeist. 3 Milliarden Euro müssen zusätzlich auf die Höfe, damit die junge Generation auf den Betrieben bleibt. Höhere Produktpreise und eine angemessene Abgeltung für die Bereitstellung der Kulturlandschaft sind Voraussetzung. Die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge 2020, wie dies der UBV fordert, muss ein erster Schritt sein.



ÖR KR Johann Großpötzl

Veranstaltungen

Exkursion nach Polen

Infos unter 0650 2624245

26. Juli 2020, 18 Uhr

Treffen beim Hans Kudlich Denkmal
in St. Marienkirchen bei Schärding

23. September 2020

Vollversammlung der LWK OÖ Linz

Ihre Zinsen sind zu hoch, Sie wollen umschulden? Hilfe bei Fixzinsen, Umschuldung, Leasing, Sanierung bietet **Finanzmanagement**

Tel: +43 677-6120 1934

Kredite privat und gewerblich ab 0,5 % p.a. variabel, abhängig von der Bonität

Aufgrund der bisher durchgeführten Beratungen konnten sich UBV-Mitglieder bis zu 110.000 Euro an Zinsen ersparen!

Impressum und Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichischer Unabhängiger Bauernverband, Grub 8, 4771 Sigharting, 0664/2540898, office@ubv.at, www.ubv.at
Bundesobmann und Landesobmann OÖ: ÖR Karl Keplinger, Piberstein 11, 4184 Helfenberg; Landesobmann STMK: Johann Ilsinger, Erlsberg 14, 8954 Donnersbach;
Landesobmann NÖ, B, W: Herbert Hochwallner, Dobratal 20, 3352 St. Peter/Au; Landesobmann SBG: Josef Tiefenbacher, Mittersillerstraße 6, 5722 Niedernsill.
Organisationsreferent: ÖR Johann Großpötzl, Grub 8, 4771 Sigharting. Sekretariat: 0650/2624245, office@ubv.at. Redaktion: Dr. Rudolf Hönlle, Kadettengasse 29, 8041 Graz, 0664/73629103, hoenle@aon.at. Blattlinie: Mitglieder- und Interessenteninformation. Hersteller/Druck: RehaDruck, 8051 Graz. Fotos, falls nicht anders angegeben: UBV. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen; für den Inhalt haften allein die Autoren.



Wir denken in
Schnittmarken und
Falzkanten.

Beratung | Gestaltung | **Offset-/Digitaldruck** | Fertigung | Veredelung

Reha Dienstleistungs- und Handels GmbH

Viktor-Franz-Straße 9 | A-8051 Graz | T (0316) 68 52 55 | rehadruck@rehadruck.at | www.rehadruck.at

MZ 02Z030371 M P.b.b.
Verlagspostamt: 8000 Graz

Retouren bitte an:
Johann Großpötzl, Grub 8, 4771 Sigharting